

AUFSÄTZE

Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?*

Von Hans-Peter Schwarz

Lassen Sie mich mit zwei Zahlen beginnen. Es gibt zwei vorzügliche Grundrisse zur bundesdeutschen Geschichte, die wir alle kennen oder doch kennen sollten. Der erste zur Entstehung und Entwicklung von 1945–1969 stammt von Rudolf Morsey und ist im Jahr 2000 in 4. Auflage erschienen. Der zweite hat Andreas Rödder zum Verfasser und deckt die Periode von 1969–1990 ab. Morsey's Bibliographie enthält nicht weniger als 1.476 Titel. Wer das Buch kennt und wer Morsey kennt, weiß, dass er alle diese Titel gelesen und gründlich diskutiert hat. Dasselbe gilt für Rödder. Da er nur 21 Jahre abdeckt, über die auch weniger geforscht wurde, verzeichnet er etwas weniger Titel: 874 Bücher und Aufsätze.

Wen nach nuancierten Forschungsberichten über die Jahre 1945 bis 1990 verlangt, der wird durch die genannten Autoren bestens bedient. Aber natürlich konnten sie nur eine Auswahl aus der großen Fülle von Veröffentlichungen treffen.

Seit 1990 sind aber bereits wieder 15 Jahre ins Land gegangen, die auch zur Geschichte der Bundesrepublik gehören. „Neueste Zeitgeschichte“, nenne ich das.¹ Auch zu dieser Phase ist viel geforscht worden, allerdings vorwiegend von Seiten der Politischen Wissenschaft. Bekanntlich haben sich die Politologen schon immer als eine Art leichter Kavallerie auf den Forschungsfeldern der Zeitgeschichte getummelt, in einem gewissen Abstand gefolgt von den breiten, schwer gerüsteten Hopliten-Kolonnen der Fachhistoriker, die unter Respektierung der 30-Jahres-Sperre auf amtliches Archivgut hinterher stampfen, dann aber keinen Halm auf

* Festvortrag anlässlich des 30-jährigen Gründungsjubiläums des Archivs für Christlich-Demokratische Politik am 5. November 2005.

¹ Hans-Peter SCHWARZ, *Die neueste Zeitgeschichte*, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28.

dem Schlachtfeld stehen lassen. Bis zum heutigen Tag haben die Politologen die Nase vorn.²

Neben den Historikern und Politologen arbeiten auch Ökonomen, Soziologen, Medienwissenschaftler und andere Fachvertreter mehr an der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik, dazu jene zahlreichen Journalisten, die es seit langem gewöhnt sind, bei ihren Analysen der Tagespolitik die historischen Tiefendimensionen auszuleuchten. Die Geschichte der Bundesrepublik gehört also nicht allein den Historikern, so unverzichtbar deren Beiträge auch sind.

Jedenfalls ist es evident, dass jeder Versuch, in meinem Vortrag so etwas wie einen Forschungsbericht im Stenogrammstil zu geben, methodisch verfehlt und viel zu pauschal wäre. Seien Sie also bitte nicht enttäuscht, wenn ich solchen Erwartungen nicht entspreche.

Meine Absicht ist eine andere. Unter dem Titel „Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik?“ möchte ich fragen, welche *neuen* Forschungsperspektiven vor dem Hintergrund einer schon fast uferlosen Geschichtsschreibung *heute*, im Jahr 2005, angebracht wären. Die meisten bisherigen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik, doch auch ein Großteil der Einzelforschung endet mit dem *annus mirabilis* 1990. Ein paar kursorische Seiten skizzieren

² So kommt beispielsweise die bisher solideste historiographische Darstellung der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder aus dem Schreibcomputer des Politikwissenschaftlers Hans Jörg HENNECKE, *Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung*, München 2003. Wer die 26 Seiten Literaturanhang durchmustert, mag erkennen, wie viel an empirischen Arbeiten allein zu vier kurzen Jahren der neuesten deutschen Zeitgeschichte schon im Jahr 2003 vorlag. Neben dieser Monographie zur ersten Regierungszeit Schröders sind zwei Sammelbände erschienen: Christoph EGLE u.a. (Hg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden 2003; Antonia GOHR/Martin SEELEIB-KAISER (Hg.), *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*, Wiesbaden 2003. Auch die Außenpolitik der rot-grünen Koalition hat viel Beachtung gefunden. Über die Sicherheitspolitik informiert der Sammelband von Sebastian HARNISCH u.a. (Hg.), *Deutsche Sicherheitspolitik*, Baden-Baden 2004. Verwiesen sei auf die gleichfalls bilanzierenden Aufsätze von Christian HACKE, Peter RUDOLF und Lisette ANDREAE zur deutschen Außenpolitik in: *Aus Politik und Zeitgeschichte [APuZ]*, B 48 (2002), und aus der Sicht des Jahres 2004 die Aufsätze von Werner LINK, Gregor SCHÖLLGEN, Hanns W. MAULL, Thomas RISSE, Gunther HELLMANN, Rolf CLEMENT, Jochen THIES, in: *APuZ*, B 11 (2004). Auch meine Monographie *Republik ohne Kompaß: Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005, versteht sich als ein zeitgeschichtlich fundierter Beitrag kritischer Politologie.

dann noch die Probleme der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung, und das ist es dann auch.³

Tatsächlich ist die Geschichte der Bundesrepublik aber weitergegangen. So wie bei einem Menschen verändert sich auch das Gesicht und die Physis eines Staates über die Jahre und Jahrzehnte hinweg. Der Biograph eines Individuums, der dessen Lebensgeschichte nachspürt und sie verstehen möchte, muss natürlich diese diachronische Entwicklung nachzeichnen. Und er darf auch nicht bei einer bestimmten Entwicklungsphase stehen bleiben. Ich plädiere hier gewiss nicht für eine organistische Geschichtsschreibung, meine aber doch, dass man bei der Deutung eines großen Landes ähnlich vorgehen sollte.

Es wäre also verkehrt, die Geschichte eines Staates und einer Gesellschaft allein aus den jeweils abgeschlossenen Geschichtsphasen heraus zu begreifen. Das gilt auch für die Geschichte der Bundesrepublik. Im Jahr 1999 beispielsweise, als der 50. Geburtstag der Bundesrepublik auch von den Historikern mit vielen Aufsätzen, Sammelbänden, selbst mit Monographien zelebriert worden ist, wurde ein vielstimmiger Choral angestimmt: „success story“, „endlich im Westen angekommen“, „Konsolidierung“, „Normalisierung“ und wie das alles formuliert war.⁴

Heute indessen, kaum sechs Jahre später, lässt sich die Erkenntnis nicht ganz abweisen, dass diese etwas selbstgefällige Porträtmalerei einer Epoche angehört, die bereits weit zurückliegt. Es hat ein Perspektivenwandel stattgefunden. Die Aufgabe moderner Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik besteht darin, mittels Analyse der heutigen Lage und des heutigen Bewusstseins, das nicht mehr besonders hochgestimmt ist, die angemessenen historischen Forschungsperspektiven zu entwickeln. Natürlich ist die Gesamtentwicklung eines großen Landes methodisch nur schwer zu erfassen. Man muss perspektivisch vorgehen, denn erst beim Blick auf verschiedenste Deutungsachsen, die allesamt nur Teilwahrheiten erkennen lassen, ergibt sich ein Gesamtbild.

³ Charakteristisch: Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000, S. 606–639.

⁴ Ralf ALTENHOFF, *Herzendsdemokratie statt Vernunftrepublik. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Politik* 47 (2000), S. 318–362.

In Nietzsches bössartiger Streitschrift „Zur Genealogie der Moral“ (1887) findet sich ein Satz zur Methodologie der Erkenntnis, der mir immer gut gefallen hat: „Es gibt nur ein perspektivisches Sehen, nur ein perspektivisches ‘Erkennen’, und je mehr Affekte wir über eine Sache zu Wort kommen lassen, je mehr Augen, verschiedene Augen wir für dieselbe Sache einzusetzen wissen, umso vollständiger wird unser ‘Begriff’ dieser Sache, unsere ‘Objektivität’ sein.“⁵ Nietzsche war kein Vorläufer der Christlichen Demokratie. Man mag auch bezweifeln, ob seine Erkenntnistheorie Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. Dass aber historische Erkenntnis dem Ziel der Objektivität dann am ehesten nahe kommt, wenn der Historiker sein Thema aus einer Vielzahl von Perspektiven ins Auge fasst, davon bin ich überzeugt.

So möchte ich denn im Folgenden eine Handvoll Perspektiven skizzieren, die sich allesamt an der Frage orientieren: Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik heute? Welche Forschungsperspektiven erscheinen aus heutiger Sicht besonders vielversprechend? Aus der Vielzahl denkbarer Aspekte seien drei herausgegriffen.

Erstens: Welches Profil, um im Bild zu bleiben, weist das wiedervereinigte Deutschland heute auf, nach Ablauf des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, das munter begonnen hat und auch künftig für viele Überraschungen gut ist? Hat sich dieses Profil im Vergleich zu früheren Phasen schon so stark verändert, dass ein Paradigmenwechsel der Historiographie die neuen Wirklichkeiten besser erfassen könnte als frühere, inzwischen inaktuell gewordene Paradigmen?

Zweitens, mehr spezifisch: Wie soll die Geschichtsschreibung aus Sicht des Jahres 2005 die sehr wichtige, fruchtbare Deutung fortentwickeln, dass die Geschichte der Bundesrepublik – um mit dem Titel von Heinrich August Winklers zu sprechen – als Endpunkt des „langen Weges nach Westen“ begriffen werden kann?⁶ Anders formuliert: Was ist heute aus dem Selbstverständnis der „alten

⁵ Friedrich NIETZSCHE, *Werke in drei Bänden*, hg. von Karl SCHLECHTA, Bd. 2, München 1966, S. 861.

⁶ WINKLER (wie Anm. 3).

Bundesrepublik“ geworden, dass die „Westbindung“, wie ich selbst dies im Jahr 1975 formuliert habe, so etwas wie die Staatsräson der Bundesrepublik bildet?⁷

Schließlich die dritte Perspektive: Das bundesdeutsche Selbstbewusstsein gründet seit langem auf dem Stolz, eine gut funktionierende, wenn nicht gar vorbildliche Demokratie aufgebaut zu haben. Das ist richtig, dabei wird und soll es auch bleiben. Doch damit verband sich eine Art zweiter Pfeiler bundesdeutscher Identität: das Selbstbewusstsein, das aus dem „Wirtschaftswunder resultierte, in dessen Gefolge die Bundesrepublik an die vier Jahrzehnte von den frühen fünfziger Jahren an bis zu den frühen neunziger Jahren zur modernsten Wirtschaftsgesellschaft Europas wurde“.⁸

Offenbar besteht aber seit einer Reihe von Jahren kein Grund mehr, auf die wirtschaftliche Leistung besonders stolz zu sein. Das wirkt sich nicht nur auf die Psychologie aus. Es ist ein großes Handicap für die innere Entwicklung, nicht zuletzt auch für die Europapolitik und die Sicherheitspolitik. Die meisten von uns kennen die alarmierende Studie von Gabor Steingart „Deutschland: Der Abstieg eines Superstars“.⁹ Wenn die dort skizzierten Befunde zutreffen, und ich fürchte, das ist so, was bedeutet das dann, wiederum aus der Sicht des Jahres 2005, für die aktuellen Forschungsperspektiven beim Blick auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik?

Neben vielem anderem, das undiskutiert bleiben möge, zeigen sich aus Sicht des Jahres 2005 und beim Blick auf die neueste deutsche Zeitgeschichte drei neue Phänomene: die Geschichte der Bundesrepublik umfasst nun bereits 15 Jahre des nicht mehr geteilten, vereinigten Deutschlands (man bedenke: dies ist bereits ein längerer Zeitraum als die 12 Jahre des Dritten Reiches!), sie hat die Aufgabe zu

⁷ Hans-Peter SCHWARZ, *Die Politik der Westbindung, oder: Die Staatsräson der Bundesrepublik*, in: *Zeitschrift für Politik* 22 (1975), S. 307–337.

⁸ Das Zusammenklingen von Staatsbewusstsein, von Stolz auf die überlegene Wirtschaftskraft und von nationalem Identitätsbewusstsein war auch für vorhergehende Epochen deutscher Nationalgeschichte bestimmend. So hat beispielsweise der einflussreiche britische Historiker Harold JAMES in seiner Monographie *Deutsche Identität: 1770–1990*, Frankfurt/M. 1990, die These aufgestellt, dass Deutschlands historische Besonderheit schon im 19. Jahrhundert, aber genauso danach bis in die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR „in der engen Verbindung zwischen Staatsbildung und wirtschaftlicher Entfaltung lag“.

⁹ Gabor STEINGART, *Deutschland: Der Abstieg eines Superstars*, München 2004.

lösen, die gewissermaßen klassische Außenpolitik der „Westbindung“ in einem grundlegend neu strukturierten europäischen Staatensystem weiterzuführen, und sie ist in diesem Zeitraum zugleich in eine sichtliche Stagnationsphase eingetreten, wenn nicht gar eine Phase des Niedergangs. Verlangt jedes dieser Phänomene nicht auch nach neuen Paradigmen?

I.

Es ist schon häufig dargestellt worden, dass die Bundesrepublik während der ersten 15 Jahre ihres Bestehens kein historisches Bewusstsein ihrer selbst ausformen konnte.¹⁰ Staatsrechtlich und politisch verstand sie sich zwar als deutschen Kernstaat in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches. Aber es war ein seiner selbst unsicherer Kernstaat. Die Provisoriums-idee überwog.

Das historische Bewusstsein wurde damals weniger von den zünftigen Historikern, etwas zupackender schon von den Politologen und am eindringlichsten von den Publizisten artikuliert. Einer von diesen, Friedrich Sieburg, schrieb 1954: „Wie, dieses seltsam gereckte Gebilde, das schlampig um eine verbogene Nordsüdachse gruppiert ist, soll alles sein, was uns von Deutschland geblieben ist? ... Das Unfertige, ja Verstümmelte, das von jeher zum Schicksal unserer Nation gehörte, droht eine Art von Endgültigkeit anzunehmen ...“¹¹

¹⁰ Mehr noch als andere Berufsgruppen sind Historiker naturgemäß mit Geschichtsbewusstsein geschlagen und halten daher das historische Selbstbewusstsein eines Staates für eine sehr wichtige Sache. Somit findet die geschichtliche Ortsbestimmung der Bundesrepublik (sowie der DDR) seit langem großes historiographisches Interesse, neuerdings sogar das Geschichtsbewusstsein der Historiker selbst. Seit der Monographie von Winfried SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, ist der Blick der Historiker auf die deutsche Geschichte immer wieder zum Gegenstand tiefschürfender oder mehr essayistischer Studien geworden – und dies, wie könnte es anders sein, durchweg strittig. Das Ethos des Historikers verpflichtet zwar zur Objektivität, doch Edgar WOLFRUMS Titel, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, erinnert daran, dass Geschichtsdeutungen häufig auch politisch sind, genauso wie die Politik mit Geschichtsdeutungen arbeitet. Das gilt auch für WOLFRUM, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erneuerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, wenn er allen Ernstes die Jahre seit 1969 als „Neubegründungsprozeß der Bundesrepublik“ bezeichnet.

¹¹ Friedrich SIEBURG, *Die Lust am Untergang: Selbstgespräche auf Bundesebene*, Hamburg 1954, S. 121f.

Alles befand sich im Zustand des Provisoriums, was gemäß dem Verständnis des Staatsrechts das Charakteristikum eines Staates ausmacht: völlig unklare, willkürlich auferlegte Grenzen, ein gewaltsam geteiltes Staatsvolk. Bis 1955 lag die oberste Souveränität bei den drei westlichen Siegermächten, die einen nicht unwichtigen Restbestand ihrer Zuständigkeiten bis 1990 behielten. Kein Wunder, dass die damals ins Leben tretende Zeitgeschichtsforschung ihre volle Aufmerksamkeit der deutschen Geschichte vor Gründung der Bundesrepublik zuwandte: Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg, Weimarer Republik. Historiographisch trat die Bundesrepublik selbst erst in den sechziger Jahren verstärkt in den Focus der Forschung.

Die alliierten Entscheidungen über die Teilung Deutschlands, die deutsche Geschichte in der Besatzungszeit, die Auseinanderentwicklung Westdeutschlands und der DDR, die verfassungspolitische und parteipolitische Abgrenzung von der Weimarer Demokratie, der fundamentale Gegensatz zu dem vorhergehenden Totalitarismus des Dritten Reiches und der zeitgenössische Gegensatz zur totalitären Herrschaft der Sowjetunion in der Ostzone, wie sie noch lange nach Gründung der DDR genannt wurde – das waren die ersten Themen.¹²

Grosso modo seit Mitte der sechziger Jahre und verstärkt in den Siebzigern erfasste dann auch das in der Forschungsliteratur zum Ausdruck kommende Bewusstsein der Historiker und Politologen die neue Lage. Weshalb und in welcher Hinsicht die Bundesrepublik etwas ganz Neues, aber auch etwas Definitives war, wurde nun auf zahlreichen Feldern beleuchtet. Die Zäsur des Jahres 1945 wurde zunehmend verabsolutiert. Gewiss blieben die Kontinuitäten der Wirtschaft, der Gesellschaft, der individuellen Biographien nicht unbeachtet. Auch die Entzugerscheinungen und das Leiden an der Teilung fanden in der Forschung ihren Ausdruck. Aber es dominierte doch die Erkenntnis, dass die Bundesrepublik ein ganz neuer Wurf der deutschen Geschichte war, unverwechselbar anders als die vor-

¹² Zur Periodisierungsgeschichte und zur Thematik der zeitgeschichtlichen Forschung siehe Udo WENGST, *Deutsche Geschichte nach 1945*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* [GWU] 54 (2003), S. 355–368, und Hans Günter HÖCKERTS, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98–127.

hergehenden Formen deutscher Staatlichkeit, unverwechselbar anders auch als die DDR.

So fand in die Bücher, Aufsätze und publizistischen Versuche der Historiker, Politologen und Soziologen auch die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit Eingang. Da der Nationalstaat im Unterschied zu Frankreich, Italien oder den Niederlanden so offensichtlich zerbrochen war, begann sich auch die Historikerzunft mehr und mehr ihres post-nationalen Bewusstseins zu rühmen.

Charakteristisch für die Sicht der bundesdeutschen Geschichte, die sich in den siebziger Jahren weithin durchsetzte, war das Vorwort zur fünfbandigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die zwischen 1981 und 1987 erschienen ist. „Unter diesem Vorbehalt einer bewusst gepflegten Vorläufigkeit“, so liest man dort, „konnte und sollte sich weder ein Staats- noch ein Geschichtsbewusstsein entwickeln.“ Nach mehr als dreißig Jahren gelte es aber nun zu erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland, „wie sehr sie sich dagegen gesträubt hat ... eine eigene Geschichte hat“.¹³

Doch die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik war schon zuvor auf diesen Pfad eingeschwenkt und bewegte sich jetzt innerhalb der großen Schneisen: Konsolidierung einer rechtsstaatlichen Demokratie, Ausbildung und Fortbildung der sozialen Marktwirtschaft, Westbindung, Selbstbehauptung im Kalten Krieg und Versuch, diesen durch Entspannungspolitik erträglich zu machen, wenn nicht zu überwinden, Frustration der Wiedervereinigungspolitik, Modernisierung, europäische Integration und so fort.

Da und dort regte sich in den siebziger und achtziger Jahren sogar die Neigung, die erzwungene Zweitstaatlichkeit als eine moderne Form der Aufsplitterung Deutschlands zu verstehen, die im „alten Reich“ und bis zur Gründung des Bismarckreichs die Geschichte des deutschen Volkes bestimmt habe. Manche Geistes- und Sozialwissenschaftler, Historiker und Politologen gleichermaßen, zeigen sich doch nicht selten geneigt, die den jeweiligen Status quo und den jeweils do-

¹³ *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden*, hg. von Karl-Dietrich BRACHER u.a., 5 Bde., Stuttgart 1981–1987, „Vorbemerkung“, Bd. 1, S. 7.

minierenden Zeitgeist auf ihre Weise legitimieren.¹⁴ „Alles spricht dafür, dass die Phase des konsolidierten nationalen Gesamtstaates von 1871–1933 eine Episode in der deutschen Geschichte gewesen ist ...“, schrieb Wolfgang J. Mommsen im Jahr 1982.¹⁵

Wann sich das Denken in der Kategorie perspektivloser Zweistaatlichkeit weitgehend durchsetzte, wie stark bei manchen die Widerstände gegen die Akzeptanz der Teilung blieben, sei unerörtert. Im Großen und Ganzen hat Andreas Wirsching doch recht, wenn er rückblickend schreibt: „Es gehört zu den Ironien in der deutschen Geschichte, dass die alte Bundesrepublik eben in jenem historischen Augenblick an ihr Ende gelangte, als sich die Überzeugung durchgesetzt hatte, sie habe ihren ursprünglichen Status als teilstaatliches ‘Provisorium’ definitiv überwunden.“¹⁶

Als dann die „alte Bundesrepublik“ durch Beitritt der DDR urplötzlich erweitert wurde, bestätigte sich erneut die Beobachtung, dass auch manche Historiker unter unseren Gelehrten die bereits erwähnte Physiologie des Vogels Wendehals aufweisen. Winkler argumentierte nun, die neue Bundesrepublik sei keine „post-nationale Demokratie unter Nationalstaaten mehr“, sondern „ein demokratischer, post-klassischer Nationalstaat unter anderen“.¹⁷ Auch jetzt stellte eine Mehrheit der Historiker und Politologen ihre Perspektive auf die im politischen Raum formulierten Zielvorstellungen ein, denen zufolge das vereinigte Deutschland beides gleichzeitig sei und zu sein habe: die von nationalen Traditionen geprägte Bundesrepublik und ein Teil des Integrationsverbunds der Europäischen Union mit der Bereitschaft zu periodisch intensivierter Souveränitätsabgabe.

Tatsächlich hatte sich 1990 das von der bundesdeutschen Öffentlichkeit fast vergessene Kernstaatskonzept durchgesetzt. Es versteht sich von selbst, weshalb die meisten der bisherigen „Zweistaatler“ unter den bundesdeutschen Historikern

¹⁴ Hans-Peter SCHWARZ, *Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker*, in: GWU 44 (1993), S. 683–704.

¹⁵ Wolfgang J. MOMMSEN, *Wandlungen der nationalen Identität*, in: Werner WEIDENFELD (Hg.), *Die Identität der Deutschen*, Bonn 1983, S. 185.

¹⁶ Andreas WIRSCHING, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 117.

¹⁷ WINKLER (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 655.

in Erinnerung an ihre erst kurz zurückliegenden Fehleinschätzungen nicht darauf bedacht waren, diesen Sachverhalt allzu provozierend zu beleuchten.

Vielmehr setzte nun auf breiter Front unter voller Nutzung der unversehens zugänglichen Archive die historische Erforschung der DDR ein – vielfach positivistisch, doch häufig auch kritisch. Die anfängliche Goldgräberstimmung ist zwar abgeflaut, aber die intensive Beschäftigung mit der DDR hatte ein paradoxes Ergebnis: Indem einerseits die bundesdeutsche Geschichte, andererseits die Geschichte der nicht mehr zukunftsfähigen DDR, wie das historiographisch geboten war, getrennt voneinander untersucht wurden, hat dies das Geschichtsbild der Zweistaatlichkeit historiographisch im Nachhinein verfestigt.

Heute wissen wir zwar genauer als zuvor, wie und warum die beiden deutschen Gesellschaften zwischen 1945 und 1990 einen getrennten Weg gegangen sind. Die Mehrheit derjenigen, die vor dem großen Umbruch 1990 die DDR als einen zweiten Modernisierungspfad begriffen haben, sind durch diese Forschungen eines besseren belehrt worden. Die Skepsis derer, die schon zuvor die Auffassung vertraten, das sozio-ökonomische System der DDR werde in einer Modernisierung-Sackgasse enden, hat sich bestätigt. Aber das lähmende Bewusstsein schicksalhafter Andersartigkeit wurde durch die Forschung eher prolongiert als abgeschwächt.

Mit gutem Grund plädieren deshalb manche Historiker dafür, so Hans Günther Hockerts, die sogenannte doppelte Zeitgeschichte von Bundesrepublik und DDR „im Horizont der Vereinigung ... miteinander zu verknüpfen“.¹⁸ In der Forschungspraxis ist aber dieses sehr einleuchtende Konzept dialektischer gegenseitiger Einwirkung allenfalls in Ansätzen gelöst. Historiographisch stehen die Geschichte der DDR und die der Bundesrepublik immer noch ziemlich unverbunden nebeneinander.

Inzwischen sieht sich die Geschichtsschreibung aber mit einer neuen, gleichfalls noch unbewältigten Aufgabe konfrontiert. Seit der Wiedervereinigung sind 15 Jahre ins Land gegangen. Die einstmals getrennten deutschen Staaten sind integral ver-

schmolzen. Die geschichtlichen Nachwirkungen der Teilung in den beigetretenen neuen Ländern sind aber geblieben. Für die Wirtschaftskraft der „alten Bundesrepublik“ stellen die Anstrengungen zur Angleichung und zum Unterhalt der neuen Länder gleichfalls eine gewichtige Dauerbelastung dar, die vieles im Westen indirekt verändert hat. Die Mentalitäten, das Parteiensystem und die Lebensverhältnisse in Teilen der Alt-Länder und in Teilen der Neu-Länder sind gleichfalls noch verschieden, wenngleich nur teilweise.

Was bedeutet das für das historiographische Selbstbewusstsein des wiedervereinigten Deutschlands? Welche Forschungsstrategien sind dadurch geboten? Nicht mehr die Analyse der getrennten Entwicklung der Jahre 1945 bis 1990, sondern die Analyse und Beschreibung der Art und Weise, wie das vereinigte Deutschland einerseits aufgrund einer insgesamt doch beispiellosen Kraftanstrengung zusammenwächst, andererseits aber noch nicht völlig zusammengewachsen ist, wird mehr und mehr zu einem vorrangigen historiographischen Desiderat.

Es fehlt zwar nicht an empirischen Einzelstudien zu den Problemen des Zusammenwachsens¹⁹ und erst recht nicht an makro-historischen Versuchen²⁰. Dabei haben auch im wissenschaftlichen Schrifttum die kritischen Aspekte des Vorgangs meist stärkere Beachtung gefunden als die Erfolge. Aber eine systematische Aufarbeitung des Vorgangs ist noch ein Desiderat; dazu müssten sich nicht nur die Politologen, Ökonomen und Soziologen herausgefordert sehen, sondern genauso die Fachhistoriker. Gerade die Historiker der neueren deutschen Geschichte könnten einiges dazu beitragen, den schwierigen Vorgang, wie die Irre-

¹⁸ Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 7f.

¹⁹ Beispielhaft genannt seien: Uwe MÜLLER, *Supergau Deutsche Einheit*, Berlin 2005; Karl ECKERT (Hg.), *Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit*, Berlin 2004; Winand GELLNER (Hg.), *The Berlin Republic: German unification and a decade of changes*, London 2003; Werner SÜSS (Hg.), *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*, Opladen 2002; Jonathan GRIX (Hg.), *East German distinctiveness in a unified Germany*, Birmingham 2002; Konrad LÖW (Hg.), *Zehn Jahre deutsche Einheit*, Berlin 2001; Jürgen FALTER (Hg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000.

²⁰ Konrad H. JARAUSCH, *Die Umkehr: Deutsche Wandlungen, 1945–1995*, Bonn 2004; Alfred GROSSER, *L'Allemagne de Berlin: différente et semblable*, Paris 2002.

denta DDR in die Bundesrepublik eingeschmolzen wurde, in eine spezifisch deutsche historiographische Langzeitperspektive zu rücken.

Beim Blick auf die Staaten des heutigen Europa ist der Beitritt eines Landes mit vergleichsweise großer Bevölkerung und mit großen Problemen ein geschichtlicher Ausnahmefall, der das wiedervereinigte Deutschland zwar nicht auf einen Sonderweg führt, aber doch Sonderprobleme geschaffen hat.

In der deutschen Geschichte war jedoch die Einschmelzung großer, neu erworbener Landesteile in einen bereits bestehenden Staat ein eher geläufiger Vorgang. Erinnerung sei daran, wie sich beispielsweise das zu Beginn des 19. Jahrhunderts anfangs völlig unorganisch zusammengewürfelte Großherzogtum Baden über die Jahrzehnte hinweg zu einem Staat mit eigener Identität entwickelt hat. Erinnerung sei daran, wie sich prinzipiell derselbe Vorgang in den zwischen 1803 und 1815 gleichfalls unerwartet und immens erweiterten Staaten Württemberg und Bayern vollzogen hat. Erinnerung sei auch an die 1815 und nochmals 1866 vollzogene Ausdehnung Preußens, das die angegliederten Länder und Städte gleichfalls einzuschmelzen hatte – wie man weiß, da und dort unter erheblichem Widerstreben der unfreiwillig Eingegliederten. In diesen und anderen Fällen waren schwierigste politische Integrationsprozesse zu leisten – konfessionell, wirtschaftlich, administrativ und mentalitätsmäßig.

Natürlich sind die heutigen Gegebenheiten ganz neuartig. Die Integration erfolgt in einer pluralistischen Demokratie, sie erfolgt in einem Zeitalter, in dem die konkurrierenden Parteien, die Medien und die Wissenschaft jede Schwierigkeit gewissermaßen Tag für Tag registrieren. Aber es wäre doch von Nutzen, würde die deutsche Geschichtsschreibung häufiger und eben auch mit systematischen Vergleichen daran erinnern, dass sich bei der Einschmelzung bislang völlig anders regierter und entwickelter Regionen in einen bestehenden Staat heute wieder einmal ein Vorgang vollzieht, der im alten Deutschland bis ins dritte Drittel des 19. Jahrhunderts eher die Regel als die Ausnahme war.

Man hat bekanntlich schon oft und mit anderer Blickrichtung von einem deutschen Sonderweg gesprochen. Und es trifft sicher zu, dass andere Staaten, Belgien, Italien, der neue polnische Staat seit 1918, gleichfalls mit Verschmelzungs-

prozessen zu ringen hatten. Im Vergleich mit Frankreich oder auch mit Großbritannien im 19. Jahrhundert musste in Deutschland auf diese Aufgabe aber doch mehr politische Energie, mehr Sachverstand und mehr Erfindungsreichtum verwandt werden. Es wäre somit lohnend, gründlich zu untersuchen, ob dies nicht ein besonders wichtiger Aspekt deutscher Sonderentwicklung ist, der den Deutschen heute wieder einmal zu schaffen macht und dem auch die Geschichtsschreibung systematischer als bisher nachgehen sollte.

Lange Zeit und mit gutem Grund hat sich die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik von dem Paradigma der Teilung leiten lassen. Heute wäre es langsam an der Zeit für einen Paradigmenwechsel hin zur neuesten Geschichte seit 1990 und hin zum Paradigma der inneren Wiedervereinigung zweier recht heterogener Gesellschaften.

II.

Und wo ist aus Sicht des Jahres 2005 die Außen- und Europapolitik angelangt? Ist auch auf diesem Feld ein historiographischer Paradigmenwechsel geboten?

Für Analytiker der internationalen Beziehungen ist es ein Gemeinplatz, dass die Geschichte der Bundesrepublik überhaupt nur aus der Struktur des europäischen Staatensystems angemessen interpretiert werden kann. Nicht wenige deutsche Historiker, die seit den späten sechziger Jahren auf das Paradigma der modernen Sozialgeschichte abgefahren sind, tun sich aber immer noch schwer damit, dies zu erkennen und daraus methodische Schlussfolgerungen zu ziehen. Primat der Sozialgeschichte? Von wegen! Zumindest konstatiert der Historiker die wohlbekannte Dialektik von äußerer Politik und innerer Politik, wobei sich bei den großen Veränderungen doch weitgehend ein Primat der internationalen Politik manifestierte.

Tatsächlich lässt die Langzeitperspektive auf das europäische Staatensystem auch in dieser Hinsicht erkennen, wie viel sich in den vergangenen 15 bis 20 Jahren tiefgreifend verändert hat. „Die Bundesrepublik“, so hat der frühverstorbene Politologe Wolfram F. Hanrieder in einer der wichtigsten Monographien zur Geschichte der Bundesrepublik ausgeführt, „entstand als Folge des Zweiten Weltkrie-

ges und des Kalten Krieges, und ihre Sicherheit und Wohlfahrt blieben unauflöslich an die internationalen Rahmenbedingungen gebunden ... Die Ergebnisse ihrer Außenpolitik sind nicht nur das Resultat eigener Bemühungen, sondern wurden auch von maßgeblichen Kräften jenseits ihrer Grenzen gelenkt, die entscheidend zu verändern die Bundesrepublik nicht die Macht hatte.“²¹ In den vier Jahrzehnten lassen sich die Rahmenbedingungen mit den Stichworten Kalter Krieg, also Teilung Deutschlands und Europas, Hegemonie der USA und Ausbau des integrierten Westeuropas umschreiben. Die Strukturbedingung des Kalten Krieges ist urplötzlich verschwunden. Hingegen haben sich weit über den großen Umbruch der Jahre 1989/91 hinweg das amerikanische Hegemonialsystem und der Prozess ständiger Vertiefung sowie uferloser Erweiterung der EWG alias EG alias EU als viel dauerhafter erwiesen, als der voreilig für permanent gehaltene Ost-West-Gegensatz. Das hat sich bis zum heutigen Tag fortgesetzt. Aus der Sicht des Jahres 2005 sind sie aber hinsichtlich der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik ganz unverzichtbar, auch wenn sich die Geschichtsschreibung auch in diesem Punkt schwer tut, das völlig Neue zu erkennen.

Zuerst zur Westbindung generell: In einem Informationsgespräch Ende Januar 1963, kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft, wurde Adenauer von einem amerikanischen Journalisten nach dem Leitstern seines politischen Handelns gefragt. Seine Antwort: „Der Leitstern meines politischen Handelns ist mindestens seit dem Jahre 1925: Anschluß an den Westen.“²²

Daraus ergaben sich die Grundlinien bundesdeutscher Politik. Verfassungspolitisch, wirtschaftspolitisch und außenpolitisch hat sich die Bundesrepublik von Anfang an als integraler Teil der freien Länder des Westens definiert. Das ist, wenn man so will, die Adenauersche Tradition. Dabei hat sich die außenpolitische Westbindung in zwei Dimensionen entfaltet: in der nordatlantischen Dimension mit den

²¹ Wolfram HANRIEDER, *Deutschland, Europa und Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1989*, Paderborn 1991, S. IX.

²² Informationsgespräch mit Dr. Kurt Lachmann, 29.1.1963, in: *Adenauer. Teegespräche 1961–1963* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1992, S. 329.

USA als unverzichtbarer Schutzmacht und Hegemonialmacht, zugleich aber auch in der westeuropäischen Dimension.

Die Entwicklungen, die Widersprüche, die bilaterale und die multilaterale Politik in beiden Dimensionen von 1945 bis zum Ende des 20. Jahrhundert sind von der Geschichtsschreibung stark beachtet worden. Die Bundesrepublik und die USA, die Europapolitik der Bundesrepublik, die Bundesrepublik und Frankreich – das waren und sind bis zum heutigen Tage die großen Forschungsthemen. Auch dass die Bundesrepublik periodisch zwischen den divergierenden Politiken der USA, Frankreichs und Großbritanniens einen vermittelnden Kurs des Ausgleichs zu steuern hatte, gehörte und gehört nicht nur zu den politischen, sondern ebenso zu den historiographischen Dauerthemen.

In Bezug auf die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik ist das Feld der Westbindung mit historiographischen Arbeiten gut bestellt²³, nicht zuletzt auch dank der Beiträge französischer²⁴, britischer²⁵, amerikanischer²⁶ und italienischer²⁷ Historiker.

Man sollte sich aber doch klar machen, dass die heutige deutsche Außenpolitik, Amerikapolitik und Europapolitik mit inbegriffen, gerade in den vergangenen 15 Jahren eine ganz beispiellose Beschleunigung erlebt hat. Wer diesbezüglich ein sicheres Urteil gewinnen möchte, kommt gar nicht umhin, sich sehr intensiv mit

²³ Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000*, Stuttgart 2001; Christian HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Berlin 2003, sowie zahlreiche Beiträge in dem Sammelband von Peter R. WEILEMANN u.a. (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999.

²⁴ Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine: Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996.

²⁵ Besonders interessante Monographien sind: Kenneth DYSON/Kevin FEATHERSTONE, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999; Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993.

²⁶ Neben der Monographie von Wolfram HANRIEDER (wie Anm. 21) sei nur erwähnt der reichhaltige Sammelband von Detlef JUNKER (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945–1990. Ein Handbuch*, 2 Bde., Stuttgart 2001, sowie die besonders originelle, immer noch aktuelle Studie von David CALLEO, *The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order, 1870 to the Present*, London 1978.

²⁷ Ennio Di NOLFO, *Storia delle relazioni internazionali. 1918–1999*, Roma 2000, S. 485–1424, und DERS. (Hg.), *Power in Europe?*, Bd. II: *Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, Berlin 1992.

den Entwicklungen der vergangenen 15 bis 20 Jahre zu befassen. An politologischen Forschungen auch zu dieser letzten Phase herrscht durchaus kein Mangel.²⁸ Doch es ist zu bedauern, dass beim Geschichtsstudium an den Universitäten und im Schulunterricht diese Bereiche der neuesten Zeitgeschichte meist nur cursorisch oder überhaupt nicht vermittelt werden. Dabei sind doch im europäischen Staatensystem innerhalb weniger Jahre denkbar tiefgreifende Veränderungen erfolgt.

Zum einen hat sich die Gemeinschaft der freien Länder weit nach Osten ausgedehnt. Kann man noch von Westbindung sprechen, nachdem sich die NATO bis vor die Tore Sankt Petersburgs, bis an die Grenzen Weißrusslands und bis ans Schwarze Meer ausgedehnt hat, während die EU heute ganz Nordeuropa, das Baltikum und Ostmitteleuropa bis an die Grenzen Rumäniens und Bulgariens umfasst mit der Perspektive eines nahen Beitritts dieser beiden Länder? Westbindung in einem sehr erweiterten Sinn bedeutet heute, dass die Bundesrepublik nicht mehr in exponierter Randlage Westeuropas und der NATO liegt, vielmehr einen zentralen Platz im Kreis der europäischen Demokratien einnimmt.

Zum anderen ist neu, dass sich die EU als integrierter großer Binnenmarkt und als eng vernetzter Außen- und Sicherheitsverbund stärker als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den Vereinigten Staaten absetzt. Diese haben zwar politisch, wirtschaftlich, kulturell und militärisch weiterhin soviel Gewicht, als seien sie ein Teil Europas. Aber das rasche Zusammenwachsen der Europäischen Union mit ihren zahllosen voll oder doch teilweise integrierten, zumindest eng koordinierten Willensbindungs- und Entscheidungsprozessen hat doch zur Folge, dass sich Amerika in einer Randlage befindet. Allerdings lassen sich gerade auf dem Feld der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der 25er EU seit dem Beitritt der 10 neuen Mitglieder am 1. Mai 2004 verstärkt zentrifugale Kräfte verspüren. Heute

²⁸ Wer sich orientieren möchte, findet in einschlägigen Jahrbüchern, Fachzeitschriften und Monographien zahllose Titel, z.B. Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* (zuletzt erschienen Bd. 2005, Baden-Baden 2005); Wolfgang WAGNER u.a. (Hg.), *Jahrbuch Internationale Politik* (zuletzt erschienen Bd. 2001–2002, München 2004).

umschließt die EU offen oder latent, um mit Timothy Garton Ash zu sprechen, ein „euro-atlantisches“ und ein „euro-gaullistisches“ Lager.²⁹

Die Komplikationen des neuen europäischen Staatensystems sind aber noch größer. Ob Deutschland das will oder nicht, sieht es sich aufgrund seiner Wirtschaftskraft, seines demographischen Gewichts und auch aufgrund seiner wirtschaftsgeographisch und geostrategisch zentralen Lage veranlasst, die Rolle der Zentralmacht Europas zu spielen.³⁰ Eine Politik des Ausgleichs innerhalb der recht heterogenen 25er EU ist der Bundesrepublik unter diesen Bedingungen aufgegeben.

Doch die Lage ist noch komplizierter. Da die USA nach wie vor im europäischen Konzert faktisch wie eine europäische Großmacht agiert, ist die Bundesrepublik auch gehalten, wie bereits in den Jahrzehnten des Kalten Krieges nach Möglichkeit auch im europäisch-atlantischen Verhältnis ausgleichend zu wirken. Sobald sie sich einseitig positioniert, droht innerhalb der EU die Polarisierung zwischen dem euro-atlantischen und dem euro-gaullistischen Lager.

Und nicht genug damit. Seit dem 17. Jahrhundert ist Russland ein potenter Akteur im europäischen Staatensystem. Bis vor kurzem war es der machtpolitisch stärkste Staat, für die westlichen Demokratien ein Feind der Freiheit und für die Staaten in seinem Imperium der gefürchtete Herr und Meister. Heute hat sich Russland zwar weit zurückgezogen, ist aber nach wie vor ein sehr gewichtiger Mitspieler in allen denkbaren Kombinationen – versöhnt, aber von den ostmitteleuropäischen EU-Ländern immer noch voller Misstrauen beobachtet, ein strategischer Partner, besonders auf dem Feld der Energiepolitik, aber zugleich eine Macht, von der die Demokratien nicht abhängig werden möchten. So gilt es, das neue, postkommunistische Russland, in dem zugleich noch manches von der alten Sowjetunion steckt, freundlichst zu karessieren und sich gleichzeitig diese schwer kalkulierbare Großmacht vom Leibe zu halten.

²⁹ Timothy GARTON ASH, *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München 2004.

³⁰ Eine Diskussion der komplizierten Lage, die sich in den neunziger Jahren schon deutlich abzeichnete in zeitgeschichtlicher Langzeitperspektive, findet sich in Hans-Peter SCHWARZ, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

Somit hat das, was in den Jahrzehnten des Kalten Krieges „der Westen“ genannt wurde, einem viel komplizierteren System Platz gemacht, in dem die Bundesrepublik ihren Weg finden muss. Der Begriff Gleichgewichtssystem steht zwar bei vielen unter Machtstaatsverdacht, ganz besonders in der CDU. Tatsächlich aber funktionierte bereits die EG vor dem Umbruch 1989/91, ungeachtet aller föderalistischen Programmatik, als ein sehr modernes, im Rahmen dichter Rechtsregeln funktionierendes Gleichgewichtssystem.

In der 25er EU ist umsichtige Gleichgewichtspolitik noch viel zwingender geworden. Die Schwierigkeiten werden durch das Erfordernis weiter kompliziert, auch das Verhältnis zu den USA, die nach wie vor die Führungsmacht der Demokratien und die stärkste Wirtschaftsmacht sind, ebenso umsichtig auszubalancieren wie das strukturell labile Verhältnis zu Russland.

Die Bundesrepublik ist zwar immer noch der Staat des Grundgesetzes, als der sie im Jahr 1949 angetreten ist. Sie definiert sich weiterhin und zu Recht als Teil der westlichen Demokratien. Ihre maßgeblichen Eliten möchten so viel wie möglich von den positiven Konzepten aus den Jahrzehnten der Westbindung ins Europa des 21. Jahrhunderts hinüberretten. Aber der einstige Westen, das gesamte europäische Staatensystem und auch das Weltstaatensystem haben sich inzwischen so tiefgreifend verändert, dass ein neues Paradigma zur historiographischen Ortsbestimmung der Bundesrepublik doch wohl geboten wäre. Da aber die Politik selbst die neue Lage konzeptuell noch nicht angemessen erfasst hat, wäre es auch von den Historikern zuviel verlangt, die neue Lage mit einem neuen Begriff zu erhellen. Sicher ist nur eines: die Perspektive der „Westbindung“ passt nicht mehr auf die neue Lage.

In diesem Zusammenhang verdient die Europapolitik erst Bonns, heute Berlins besonders eingehende Beachtung. Es gehört zu den Grundtatsachen bundesdeutscher Politik, dass die Bemühungen um einen Zusammenschluss Europas älter sind als die Bundesrepublik selbst und deren Geschichte von Anfang an mit bestimmt haben.

Die europäische Dimension bundesdeutscher Europapolitik hat deshalb sehr früh schon wissenschaftliche Beachtung gefunden. Über die Anfänge der deut-

schen Europapolitik bis in die frühen siebziger Jahre liegen gewichtige historische Arbeiten vor. Für die folgenden Perioden stammen die originellsten Forschungsbeiträge allerdings meist von ausländischen Autoren,³¹ wobei man sich auch auf diesen Feldern vorwiegend auf die Arbeiten jener zahlreichen Politologen, Europarechtler und Ökonomen zu stützen hat, die sich mit der europäischen Integration und Kooperation befassen. Seit 1980 besteht das schon erwähnte „Jahrbuch der Europäischen Integration“. Weitere Zeitschriften „Integration“, „West European Politics“, neuerdings auch das „Journal of European integration history“, bezeugen den Forschungsstand.

Aber der Eindruck ist doch wohl zutreffend, dass alles in allem in England, Frankreich, den Niederlanden, Italien und Belgien, die fachhistorische Forschung zur heute aktuellen Integrationsgeschichte – formulieren wir es verbindlich – mindestens so rege ist wie in der Bundesrepublik. Immerhin gibt es hierzulande den nimmermüden Wilfried Loth und seine Schule,³² der die Thematik wie geboten mit interdisziplinärer Perspektive angeht und nicht Mitte der siebziger Jahre innehält. Im Jahr 2004 ist mit der Monographie des Historikers Franz Knipping endlich auch eine umfassende Gesamtdarstellung des europäischen Einigungsprozesses erschienen, die einen deutschen Historiker zum Verfasser hat.³³

Deutsche Fachvertreter des Europarechts, der Integrations-Politologie und der diesbezüglichen politischen Ökonomie haben schon ganze Bibliotheken wertvoller, vielfach auch rasch überholter Studien geschrieben. Viele deutsche Historiker müssen aber erst noch die Tatsache entdecken, dass ihr Forschungsobjekt, die Bundesrepublik, besonders seit Mitte der achtziger Jahre eine beispiellos ehrgeizige und folgenschwere Europapolitik betreibt, die fast alle Bereiche der Politik und der Gesellschaft erfasst.

³¹ Genannt seien so unterschiedliche Monographien wie John GILLINGHAM, *European Integration, 1950–2004. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003; die bahnbrechende Untersuchung von Peter LUDLOW, *The Making of the New Europe. The European Councils in Brussels and Copenhagen*, Brussels 2004; Larry SIEDENTOP, *Demokratie in Europa*, Stuttgart 2002 (Orig. 2000), oder Geir LUNDESTAD, *„Empire“ by Integration. The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1998.

³² Wilfried LOTH (Hg.), *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001.

³³ Franz KNIPPING, *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, München 2004.

Viel zu unscharf kommt in den gängigen historischen Darstellungen zum Ausdruck, dass sich die Geschichte der Bundesrepublik seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und noch mehr seit dem Vertrag von Maastricht (1992) und den Folgeverträgen von Amsterdam (1997) und von Nizza (2000), seit dem Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes (1.1.1993) und seit den Erweiterungsrounds bis hin zum *big bang* der Erweiterung um 10 neue EU-Mitglieder am 1. Mai 2004 bis in die Kerne verändert hat. Die Mehrebenenpolitik – einerseits Entscheidungen auf europäischer Ebene, andererseits auf der Ebene der Staaten – ist eine Tatsache. Man kann das mit positiven Begriffen erfassen, „Regieren jenseits des Nationalstaats“³⁴, „Regieren im dynamischen Mehrebenensystem“³⁵ oder „Die Öffnung des Staates“³⁶ als ‘Europa-offene Republik’ bezeichnen. Genauso berechtigt ist aber die Formulierung: Der Staat des Grundgesetzes ist nur noch eine Art halb-souveränes Land.

Deutschland teilt diese Gegebenheit zwar mit 24 anderen Mitgliedern der EU. Aber was diese sehr tiefe Zäsur der Jahre 1985 bis 2004 für die Zukunft der Bundesrepublik bedeutet, ist von der Geschichtsschreibung bisher kaum ansatzweise erfasst worden. Die Globalisierung der Kapitalmärkte, der Rohstoffmärkte, des Handels, der Kommunikations- und Informationssysteme und der Migration ist in aller Munde. Noch viel einschneidender aber ist die Europäisierung. Sie ist unausweichlich, da sie sich dem einzelstaatlichen Handeln zu großen Teilen bereits entzieht. Das müsste alle jene Historiker eigentlich sehr hellhörig machen, die im Aufbau und in der Konsolidierung der bundesdeutschen Demokratie eine der wichtigsten Leistungen seit den Jahren der Besatzung erkennen. Viel zu wenig setzen sie sich empirisch und theoretisch mit der Frage auseinander, ob, warum und wie legitim eigentlich die früher so selbstsichere bundesdeutsche Demokratie durch die weitgehenden Eingriffsrechte der EU-Gremien bereits vielfach ausgehöhlt ist.

³⁴ Michael ZÜRN, *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt/M. 1998.

³⁵ Markus JACHTENFUCHS, *Regieren im dynamischen Mehrebenensystem*, in: DERS./Beate KOHLER-KOCH (Hg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 15–44.

³⁶ Wolfgang WESSELS, *Die Öffnung des Staates. Modelle und Wirklichkeit grenzüberschreitender Verwaltungspraxis 1960–1995*, Opladen 2000.

Wie wir wissen, wird dieser Vorgang der Souveränitätsabgabe recht unterschiedlich beurteilt. Jedenfalls handelt es sich dabei um einen ganz gravierenden Vorgang der neuesten Zeitgeschichte – genauso wichtig und genauso folgenreich wie das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands. Gerade für dieses Feld gilt deshalb die Feststellung, dass die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik aus dem Blickwinkel des Jahres 2005 geschrieben werden muss. Ein Zeithistoriker, der die vergangenen 15 bis 20 Jahre ignoriert, verdient es, als unmoderner Wissenschaftler bezeichnet zu werden.

In den vergangenen 15 bis 20 Jahren ist ein anderes Europa und eine andere Republik entstanden. Wohin der Weg führen wird – außenpolitisch, verfassungspolitisch – liegt im Nebel der Zukunft. Aber die Gewissheit, eine autonome westliche Demokratie geschaffen zu haben, die durch Westbindung dauerhaft in der Gemeinschaft westlicher Demokratien verankert wurde, wird durch besorgte Fragen verdrängt, ob und wie sich die frühere Westbindung unter den völlig neuen Bedingungen weiterentwickeln wird.

„Westbindung“ – das war einstmals sozusagen der Kompass bundesdeutscher Innen- und Außenpolitik. Sind die neuen Ungewissheiten bereits so gravierend, dass die Frage berechtigt ist: „Republik ohne Kompass?“ Und wird sich aus dieser Frage ein neues Paradigma entwickeln?

III.

Nun noch kurz zur letzten der eingangs genannten Fragen: Was bedeutet „der Abstieg eines Superstars“ für die deutsche Identität und für das Funktionieren unserer industriellen Demokratie?

Der anfangs seiner selbst unsichere deutsche Kernstaat Bundesrepublik bezog sein Selbstbewusstsein nicht allein aus der Wiedergewinnung der Souveränität und aus der weitgehend gleichberechtigten Einbeziehung in die westlichen Gemeinschaften, sondern zugleich aus dem Comeback auf dem Weltmarkt, aus dem Aufstieg aus der wirtschaftlichen Misere und aus der Verbreitung des Massenwohlstandes.

Die historiographischen Stichworte zur Deutung der erstaunlichen Anfänge der Bundesrepublik waren und sind bis heute: Ludwig Erhard, soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftswunder, die harte D-Mark. Der Nationalstaat war zerbrochen, die äußere Sicherheit von den USA abhängig, „Europa“ ein Programm, das sich erst mit einiger Zeitverzögerung durchsetzte. Aber auf dem Felde der Wirtschaft konnte die Bundesrepublik an das ökonomisch und technologisch fundierte Selbstgefühl des Kaiserreichs anknüpfen.

Wie eingangs erwähnt, sind die Historiker seit langem weitgehend darüber einig, dass die Deutschen in der alten Bundesrepublik einen erheblichen Teil ihres Selbstvertrauens und ihrer Identifikationsbereitschaft mit dem deutschen Kernstaat im Westen aus dem Stolz auf die Wirtschaftskraft ihres Landes bezogen haben. In den siebziger Jahren schufen zwar die beiden Ölschocks kritischere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Wachstumsraten fielen niedriger aus. Die sozialstaatlichen Verkrustungen, von Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern bereits früh kritisiert, führten dazu, dass im Leitbegriff „soziale Marktwirtschaft“ das Adjektiv „sozial“ insgeheim groß geschrieben wurde und die Marktwirtschaft sozusagen klein. Hätte man das von mächtigen Verbänden und Bürokratien sowie von der Disposition zur Umverteilung bestimmte polit-ökonomische System der „alten Bundesrepublik“ ohne Scheuklappen charakterisieren wollen, wäre bereits für die siebziger und achtziger Jahre die Bezeichnung „marktwirtschaftlicher Sozialstaat“ zutreffend gewesen.

Doch beim Blick auf die weiterhin sichtlich schwächeren Volkswirtschaften Englands, Frankreichs oder Italiens konnte sich die Bundesrepublik immer noch als eine Art wirtschaftlicher Riese fühlen. „Modell Deutschland“ – der Wahlslogan Helmut Schmidts im Jahr 1976 brachte dies selbstbewusst zum Ausdruck. Unter den Volkswirtschaften Westeuropas nahm die Bundesrepublik weiterhin eine Lokomotivfunktion wahr.

Und heute? Bekanntlich meldet sich seit gut einem Vierteljahrhundert unter liberalen Ökonomen, bei Politologen und ganz vereinzelt auch bei Historikern so etwas wie eine Niedergangsschule zu Wort – vergleichbar den *declinists* im England der siebziger und frühen achtziger Jahre. Als die Historikerkollegen schon allesamt die

Lippen spitzten, um 1999 die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte zu feiern, brachte der ansonsten eher optimistische, inzwischen verstorbene Christian Graf von Krockow 1998 eine schmale, gedanklich gehaltvolle Monographie unter dem Titel „Der deutsche Niedergang“³⁷ heraus. Seine These lautet: „Deutschland ist in die Periode seines Niedergangs eingetreten.“ Er argumentierte nicht allein ökonomisch, hob vielmehr auch ab auf den Faktor Demographie, auf die nachlassende Leistungsbereitschaft der Deutschen und auf den Aufwuchs starker Wettbewerber. Aber im Kern seiner Studie stand doch der Niedergang der deutschen Industriegesellschaft.

Ich könnte daneben noch ein gutes Dutzend anderer Autoren benennen, die zuvor schon oder danach die Melodie anstimmten: „Ist Deutschland noch zu retten?“³⁸ Ob die Alarmrufe überzogen oder voll berechtigt sind, bleibe hier undiskutiert. In unserem Zusammenhang geht es um etwas anderes: Offensichtlich hat sich die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik zu lange von einem oft unreflektierten Optimismus leiten zu lassen, dass es immer aufwärts und immer positiv vorangehen müsse.

Motive dafür gab es viele. Manche Historiker ließen sich von der Erinnerung an die Erfolgsgeschichte der fünfziger und noch späterer Jahre tragen und übersahen die danach aufgetretenen Flecken auf der Lunge. Andere, die eher auf Mitte-Links-Positionen standen, wünschten den Nachweis zu führen, dass das, was sie ziemlich überzogen als „Umgründung der Republik“ nach 1968 gefeiert hatten, weiterhin auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte zu sein habe. In den Jahren der Wiedervereinigung spielte dann ein gewisser Triumphalismus eine Rolle.

Selbst als die Volkswirtschaft des wiedervereinigten Deutschland seit dem Ende des Wiedervereinigungsbooms im Jahr 1992 zu lahmen begann, trösteten sich Historiker und Politologen mit dem Hinweis auf die Stabilisierung der deutschen Demokratie, worauf es schließlich in erster Linie ankomme, dies verbunden mit

³⁷ Christian Graf von KROCKOW, *Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert*, München 1998, S. 8.

³⁸ Hans-Werner SINN, *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2004.

übertriebenen Wachstumserwartungen aufgrund der Errichtung des europäischen Binnenmarkts und der Einführung des Euro.

Inzwischen beginnt sich die betrübliche Wahrheit herumzusprechen, dass man bei der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik zumindest prüfen sollte, ob das Paradigma des sozio-ökonomischen Aufstiegs nicht doch durch ein Paradigma des beginnenden Niedergangs abgelöst werden müsste. Vom „Modell Deutschland“ geht in Europa keine werbende Ausstrahlung mehr aus, die zur Nachahmung ermuntern würde. Im Ausland gilt es heute als eher abschreckendes Beispiel. Zumindest spräche viel dafür, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik als eine Entwicklung zu beschreiben, die nach einem ziemlich spektakulären Aufstieg ins Trudeln geraten ist und für einen weiteren Abstieg ebenso offen ist wie für einen erneuten Aufstieg.

„Abstieg eines Superstars?“ Ich selbst habe immer eine Scheu vor allzu plakativen Paradigmen. Aber die Frage wird die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik schon zu beschäftigen haben, welche Faktoren zur gegenwärtigen Lage beigetragen haben, die kritische Beobachter offen als Abstieg bezeichnen und die Frohgemuten bestenfalls als „suboptimal“.

Bei einer Festansprache aus gegebenem Anlass mag man das wohl nicht gerne hören. „Schwarzsehen dulde ich nicht!“, hat der letzte Hohenzollernkaiser vor nun bald einem Jahrhundert ausgerufen. Er hätte sich besser eingestehen sollen, dass es schief gehen kann, wenn es an der nötigen Klugheit und Energie zur nachhaltigen Reform ebenso mangelt wie an der Weitsicht zu außenpolitischen Korrekturen.

Aber belassen wir es bei diesem Hinweis. Die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik sollte jedenfalls auch die jüngst vergangenen drei Jahrzehnte der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ins Auge fassen und selbstkritisch analysieren, ohne sich jedoch gleich distanzlos mit dem Kumpan Pessimismus an den Tisch zu setzen, nachdem sich der Kumpan Optimismus davongemacht hat.

IV.

Doch heute feiern wir einen Festtag. Daher wäre es unschicklich, die Überlegungen, die ich Ihnen vortragen durfte, mit einer skeptischen Note ausklingen zu lassen. Deshalb möchte ich zum Schluss der Ehrenpflicht eines Festredners genügen und Herrn Dr. Buchstab zusammen mit seiner Mannschaft vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit allem Nachdruck herzlich gratulieren.

Diese vitale Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung tritt zwar demütig hinter den Glanz der gesamten Konrad-Adenauer-Stiftung zurück, die heute morgen zusammen mit den höchsten Staatsmännern und Staatsfrauen ihren 50. Geburtstag gefeiert hat. Demgegenüber sind die 30 Jahre des Archivs für Christlich-Demokratische Politik noch kein Alter, in dem man eine ganz große Party veranstaltet.

Die Geschichte der Christlichen Demokratie umfasst, so haben uns die Herausgeber des verdienstvollen, von der ACDP initiierten „Handbuchs der Christlichen Demokratie“³⁹ unlängst wieder in Erinnerung gerufen, die ‘Geschichtsperioden vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart’. Aber sie beinhaltet auch, und das sehr zentral, die Parteigeschichte der CDU. Diese ist und bleibt bis heute die wichtigste Partei der Bundesrepublik. Manche sagen sogar, sie ist *die* Partei der Bundesrepublik, weil sie sich von Anbeginn an und ohne jedes Wanken mit der Geschichte unseres Staates identifiziert hat. Immerhin hat die CDU auch in 35 von 56 Jahren die Bundeskanzler gestellt und schickt sich eben wieder dazu an.

Wer also die Dokumente über das bunte Treiben im großen Haus der CDU in einem großen, bestens gewarteten Archiv für die Nachwelt aufbewahrt und aufbereitet, wer zu entsprechenden Darstellungen anregt oder diese publiziert, wer ein einschlägiges Jahrbuch herausbringt und regelmäßige Symposien zur CDU-Geschichte durchführt – der leistet einen ganz unverzichtbaren Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik.

Eigentlich hätte es diese Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung verdient, dass ich einen satten, einstündigen Vortrag auf die Schilderung und Bewertung ihrer Arbeiten verwende. Doch dazu hat Herr Kollege Winfried Becker bereits zum 25. Ge-

burtstag einen umfassenden, tiefschürfenden Vortrag gehalten, so dass schon fast alles gesagt ist. Bereichert durch einen reichhaltigen Fußnotenapparat ist dieser Vortrag im Band 8 des sehr lesenswerten Jahrbuchs „Historisch-Politische Mitteilungen“ (HPM) nachzulesen.⁴⁰ Seither ist viel Neues, aber nichts grundsätzlich Anderes hinzugekommen.

Da wir aber in der Vorbereitung der Zwangsehe zwischen CDU/CSU und SPD stehen, sei doch anerkennend hervorgehoben, dass die Publikationsreihen des ACDP bei Schöningh, Droste und Herder auch jene Kunst der Vorausschau aufweisen, die dem Historiker zur Zierde gereicht. So zeigt beispielsweise Band 2 der Tagebücher von Heinrich Krone über die Jahre 1961–1966⁴¹, die 2003 erschienen und von Hans-Otto Kleinmann bearbeitet worden sind, aus der Binnenperspektive, wie sich die erste Große Koalition über die Jahre hinweg vorbereitet hat. Dabei werden wir nicht zuletzt auf die ausschlaggebende Bedeutung des Faktors Persönlichkeit aufmerksam gemacht. Die bis zum heutigen Tag ebenso quälenden wie unsterblichen Fragen sind schon bei Krone zu studieren: Wer von den Spitzenleuten kann mit wem, und wer nicht? Warum streut der oder jener unablässig Sand ins Getriebe? Warum ist nicht selten mehr Hass und Verachtung als jene brüderliche Sympathie im Spiel, durch die sich das Führungspersonal der CDU (und leider auch der CSU) doch eigentlich auszeichnen sollte?

Vor ein paar Wochen ist auch ein Sammelband über Kurt Georg Kiesinger erschienen, der eine Reihe von spannenden Aufsätzen enthält.⁴² Dort kann man auch leicht beklommen nachlesen, wie mit viel Pech und trotz eines CDU-Kanzlers an der Spitze die Große Koalition durch die sozial-liberale Koalition abgelöst wurde.

³⁹ Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 8.

⁴⁰ Winfried BECKER, *Historische Bewusstseinsbildung im demokratischen Staat. 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, in: HPM 8 (2001), S. 11–32.

⁴¹ Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44), Düsseldorf 2003.

⁴² Günter BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG (Hg.), *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt*, Freiburg i.Br. 2005.

Oder wer heute, am Ende einer durstigen, siebenjährigen Wüstenwanderung, erfahren möchte, wie die CDU seinerzeit ihre erstmalige Oppositionsrolle gestaltet hat, aus der schließlich mit viel Pech eine dreizehnjährige Wüstenwanderung wurde, der lese die neu erschienene Monographie „Gegen den Strom“ von Andreas Grau.⁴³ Dort wird die *cause célèbre* des Widerstands der CDU/CSU gegen die Anerkennung der DDR in den Jahren 1969–1973 detailliert geschildert. Der Kampf gegen die „neue Ostpolitik“ war zwar auf kurze Sicht ein Fehlschlag, hat aber zugleich jenes Minimum an verfassungsrechtlichen Voraussetzungen bewahren helfen, die zur unverzichtbaren Voraussetzung der Wiedervereinigung in den Umbruchmonaten 1989/90 geworden sind.

Schließlich haben viele Historiker, und nicht nur sie allein, mit Spannung den von Günter Buchstab selbst besorgten Band 5 der Protokolle des CDU-Bundesvorstands für die Jahre 1965–1969 erwartet, der in diesen Tagen erscheint.⁴⁴ Vielleicht ist es aber ganz gut, dass dieses Buch erst jetzt herauskommt, weshalb in der kommenden Woche kaum mehr Rezensionen zu erwarten sind; sonst könnte von ihm eine abschreckende Wirkung ausgehen. Die Publikationen der Stiftung besitzen also auch einen hohen Aktualitätswert, den sich allerdings manche der Anwesenden möglicherweise gar nicht gewünscht haben.

Auch diesen neueren Veröffentlichungen des Archivs für Christliche Demokratie liegt eine unverzichtbare, historiographische Perspektive zugrunde. Die Bücher erinnern daran, dass die Geschichte der Bundesrepublik in erster Linie als politische Geschichte erforscht, dargestellt und vermittelt werden sollte. Geschichte der Bundesrepublik – das ist und bleibt zu guten Teilen Parteiengeschichte, Koalitionsgeschichte, Gesetzgebungsgeschichte, Außenpolitik-Geschichte, Kanzlergeschichte. Bei aller heutigen Freude an der Gesellschaftsgeschichte, an der Mentalitätsge-

⁴³ Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005.

⁴⁴ Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50), Düsseldorf 2005.

schichte oder an der Geschichte politischer Milieus und anderer mehr soziologischer Perspektiven darf das nicht vergessen werden.

Bleiben Sie also meine Damen und Herren vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik auf dem erfolgreich eingeschlagenen Weg! Widerstehen Sie standhaft allen künftigen Versuchen, Ihren ohnehin schon knapp bemessenen Personal- und Sachetat mit der Fleischaxt zu bearbeiten!

Was die Konrad-Adenauer-Stiftung als Ganze betreibt, ist sicherlich nützlich, aktuell und öffentlichkeitswirksam. Wir haben dies heute morgen vernommen. Es ist aber wie alle aktualitätsbezogenen Anstrengungen zugleich vergänglich.

Gewissermaßen unvergänglich, dem Gebot der Nachhaltigkeit und historiographischer Fernwirkung verpflichtet, ist aber das Sammeln und Aufbereiten der Archivalien einer großen Partei und von zahlreichen einschlägigen Nachlässen oder Deposita, die Edition wichtiger Quellen und, ich sagte das schon, die Publikation interessanter, lesbarer, dauerhafter Bücher zur politischen Geschichte. Wer schreibt, der bleibt! Dies alles befestigt und orientiert das historische Erinnerungsvermögen, das benötigt wird, damit das politische Bewusstsein nicht wie ein Korke auf den Wellen des Zeitgeistes umhertantzt.

Gewissermaßen unvergänglich – unter dieser Devise steht ganz besonders das eigentliche Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Es hat schon manchen CDU-Politiker, manche CDU-Politikerin, manches CDU-Kabinett und manche Koalition überdauert. Das liegt in der Natur eines Archivs. Die letzte Ruhestätte, zugleich aber die letzte Arbeitsstätte für die Aktenflut, die Politiker produzieren, ist das Politische Archiv. Und das letzte Wort hat stets der Historiker.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir Herrn Dr. Buchstab und seinem Team zurufen: *Vivant, crescant, floreant*. Wie gesagt, 30 Jahre sind schließlich kein Alter! Wir dürfen also noch viel erwarten und wir tun das auch.